

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/240

Bonn, den 18. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a HELMUT SCHMIDT 75

Zu seinem 50. Geburtstag am 23. Dezember 1968

2 - 2a Frühzeitiger Wahlkampf? 84

Es gibt noch Dringenderes zu tun

3 - 4 Schwer verständlich 86

Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes
für das Gesundheitswesen umstritten?

Von Dr. Rolf Meirecke, MdB

5 - 6 Noten aus dem Kalt-Kriegs-Repertoire 68

Tiefstand der anglo-russischen Beziehungen

Von Hans Joachim Werbke, London

HELMUT SCHMIDT

Zu seinem 50. Geburtstag am 23. Dezember 1968

sp - Heute gilt unser Gruß und Glückwunsch dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagfraktion und stellvertretenden Vorsitzenden unserer Partei zu seinem 50. Geburtstag: Helmut Schmidt. Seine Leistung für unsere Gemeinschaft und damit für das demokratische Deutschland zu würdigen, heißt gleichzeitig jenem Teil seiner Generation Hochachtung und Respekt zu zollen, der sofort nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur zielbewußt Garangang, unserem geschlagenen Volk zu helfen, die von den Verderbern Deutschlands hinterlassenen geistigen und materiellen Trümmer wegzuräumen.

Die Lebensstationen von Helmut Schmidt sind schnell aufgezählt. Sie spiegeln das Schicksal vieler Deutscher seiner Generation wieder. 1918 in Hamburg geboren, Oberschule, Abitur, Arbeits- und Wehrdienst, Kriegsteilnahme von 1939 bis 1945; zuletzt Oberstleutnant und Batteriechef, Gefangenschaft. Sofort nach der Rückkehr in die Heimat schließt sich Helmut Schmidt der SPD an. Er will mithelfen. Er will, wie viele seinesgleichen eine Aufgabe in Angriff nehmen, die in der Zeit, als Trümmer unsere Städte bedeckten, gigantisch anmutete.

Helmut Schmidt studierte in Hamburg Staatswissenschaft und wird Diplomvolkswirt. Von 1949 bis 1953 ist er bei der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr tätig. 1952 wird er Verkehrsdezernent und 1953 wird er in den Deutschen Bundestag gewählt. Von 1961 bis 1965 ist Helmut Schmidt Senator für Inneres in Hamburg und kehrt danach wieder in den Bundestag zurück. Nach dem Tode Fritz Erlers wird Helmut Schmidt zu Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gewählt.

Diese wenigen Hinweise auf dem Weg Helmut Schmidts können nur schwach andeuten, welche großartigen Leistungen sich dahinter verborgen. Zahlreiche Bücher über Politik, Wirtschaft und vor allem über Fragen der Verteidigung und Strategie, unzählige Artikel von hohem Niveau zu Problemen der Außenpolitik zeugen von gründlichem Wissen und Forschen. Bei Auslandsreisen - vornehmlich nach den USA - bewährt sich Helmut Schmidt in seinen Gesprächen und Diskussionen mit Spitzenpolitikern und an zahlreichen Universitäten als hervorragender Interpret deutscher Politik und nicht zuletzt als Anwalt und Ratgeber für die Sache Friedens. In Prag, Warschau und Moskau fand Helmut Schmidt eben-

so aufmerksame Gesprächspartner wie in London, Paris, Stockholm oder Rom. Unvergessen sind der Mut und die Tatkraft, mit denen er als Hamburger Innensenator im Jahre 1963 eine der größten Flutkatastrophen bekämpfte. Damals wuchs dieser Mann über sich selbst hinaus und riß mit seinem Temperament und seiner Zielstrebigkeit unzählige Helfer im Einsatz gegen die Naturgewalten mit. Hier zeigte sich seine große organisatorische Begabung, sein Führungswille, sein Sinn für das Praktische, Unkonventionelle, aber auch die bedingungslose Hingabe im Dienst für die Allgemeinheit.

In unserer großen Sozialdemokratie, deren Vorstand Helmut Schmidt seit 1958 angehört, darf man ihn zu jenen Männern zählen, die 1959 in Bad Godesberg dem neuen Grundsatzprogramm der Partei zum Durchbruch verhelfen. Helmut Schmidt hat sehr viel dazu beigetragen, daß heute unser demokratischer Staat kämpferisch ist, daß er sich offensiv behauptet und sich als modernes Gemeinwesen auch einer Generation darbietet, die in der Hölle der Hitlerdiktatur und des Zweiten Weltkrieges großgeworden ist. Wie wenige hat Helmut Schmidt es verstanden, die Brücke zwischen jenen zu schlagen, die schon vor 1933 um den Bestand der deutschen Demokratie kämpften und die nach 1945 die schwere Hinterlassenschaft der Hitlerdiktatur wegräumen mußten.

Als 1966 die Regierung der Kleinen Koalition zerbrach, war Helmut Schmidt einer der ersten, die mutig in die Bresche sprangen. Er wußte nur zu gut, welche schwierige Aufgabe die SPD mit dem Eintritt in die Regierung der Großen Koalition übernahm. Die Begründung für seine Haltung lautete: "Und wenn alle versagen, die SPD kann und darf unser Volk nicht im Stich lassen. Die Wirtschaft muß in Ordnung gebracht, die Währung gesichert werden und die Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben. Alles andere wollen wir diesen Zielen unterordnen. Wer anderes als die große starke SPD könnte eine solche Aufgabe bewältigen."

Wir, die wir mit Helmut Schmidt in einer Reihe stehen, danken ihm für seine Leistungen zum Wohle unseres Volkes. Sein beispielhaftes Pflichtbewußtsein und seine stets wache Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen der Gegenwart und Zukunft geben uns die Gewißheit, daß wir mit ihm einen Mann ehren, der unser aller Hochachtung und Freundschaft würdig ist.

+ + +

Frühzeitiger Wahlkampf?

Es gibt noch Dringenderes zu tun

sp - Sozialdemokraten und Christdemokraten haben angekündigt, daß sie nicht die Absicht hätten, die Regierung der Großen Koalition durch einen zu früh einsetzenden Wahlkampf zu belasten. Die deutsche Öffentlichkeit hat dies mit Erleichterung aufgenommen, wohl in dem richtigen Gespür, daß der Demokratie und unserem Volk nicht gedient wäre, würden die beiden großen Parteien ihre Energien schon jetzt auf das Vorfeld des Wahlkampfes konzentrieren, statt sie auf die Erledigung der noch anstehenden Gesetzesvorlagen zu lenken. Die Große Koalition muß durchführen, was sie sich vorgenommen und in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 festgelegt hat.

Die Wahlrechtsreform gehört freilich nicht dazu. Jene Christdemokraten sind im Irrtum, die hier den Sozialdemokraten den Schwarzen Peter zuschieben wollen. Sie sollten die Rede Helmut Schmidts zur Regierungserklärung nachlesen und sich in Erinnerung rufen, daß ihre Partei in Sachen Wahlrechtsreform nicht in der Lage war, eine für sie als Ganzes verbindliche Plattform zu beziehen. Auch ließen es die von ihr gestellten Bundesinnenminister an Eifer mangeln, dem Bundestag einen entsprechenden behandelungsreifen Gesetzesvorschlag vorzulegen.

Aber abgesehen davon, bleibt doch im Buch der deutschen Nachkriegsgeschichte die gewichtige Tatsache zu verzeichnen, daß die Regierung der Großen Koalition innerhalb von zwei Jahren nach einem Tiefstand ohne gleichen die Stellung der Bundesrepublik international wieder festigte und ihr Gewicht angemessen zur Geltung brachte. Im Inneren nahm sie den Menschen die Sorge um den bedrohten Arbeitsplatz, sie bezwang das Gespenst der Arbeitslosigkeit und brachte das von der Welt bewunderte Kunststück zuwege, die Preise bei wieder ansteigender Konjunktur im großen und ganzen stabil zu halten. Die solide Wirtschaftspolitik, für die der Sozialdemokrat Prof. Dr. Schiller verantwortlich zeichnet, sichert der Bundesrepublik innere Stabilität und begrenzt die Wirkungsmöglichkeiten der extremen Parteien von links und rechts.

Doch noch einiges bleibt zu tun. Nur die Große Koalition kann es tun. Die Finanzreform, ein Kernstück innerstaatlicher Erneuerung, hat noch beschwerliche Hürden zu überwinden. Ein gewisser Länderegoismus und die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung des Bundes, für alle Bürger unseres Staates gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, sind in Widerstreit und bedürfen einer Regelung, die dem Bund gibt, was er braucht, ohne daß dabei die föderalistische

Struktur unseres Staates in die Brüche geht. Darüber wird es noch heftige Auseinandersetzungen geben. Nur die Große Koalition kann sie bestehen und überwinden.

Es stehen noch an: Die Verabschiedung der Restbestände des Leber-Plans, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle nun auch für Arbeiter, wichtige Entscheidungen in der Agrarpolitik, das Arbeitsförderungs-, Berufsausbildungs- und Ausbildungsförderungs-gesetz sowie die Novellierung zum Betriebsrätegesetz. Alles Vorhaben, die eine Vertagung auf die nächste Legislaturperiode nicht gut vertragen.

Um sie durchzuführen, muß die Große Koalition trotz naturgegebenen Spannungen ihren Zusammenhalt bewahren und dies nicht nur aus den eben genannten Gründen. Niemand kann voraussagen, was uns die Zukunft bringt. Am Beginn des Jahres 1969 liegen allenthalben besorgniserregende Fragezeichen. Zwar ist der Versuch der Sowjetunion, die Bundesrepublik Deutschland international zu isolieren und sie als Störenfried abzustempeln, abgeschlagen, doch ist mit neuen Manövern zu rechnen. Der Wechsel in der amerikanischen Administration ändert gewiß nichts an den Grundtatsachen des Ost-West-Gegensatzes, er berührt nicht unsere Sicherheit und die Sicherheit Berlins, aber er wirft Probleme auf, deren Lösungen elastische Haltung abverlangen. Niemand kennt genau die Vorstellungen Nixons über die künftigen Handelsbeziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten; der neue Präsident hat sich darüber nie präzise geäußert, doch die Vermutung ist wohl nicht aus der Luft gegriffen, daß wir es hier auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten mit einer neuen Gangart und kühlerem Klima zu tun haben werden.

Auch für das kommende nächste halbe Jahr braucht die Bundesrepublik eine handlungs- und reaktionsfähige Bundesregierung. Sie kann sich den Luxus einer vorzeitigen Abnutzung aus Wahlkampfgründen nicht leisten; schon aus diesen Gründen empfiehlt sich eine zeitliche Begrenzung und eine vom Gesichtspunkt der Fairness geführte Wahlkampf. Er wird, dazu bedarf es keiner Prophezeiung, einer der aufregendsten in der Geschichte der Bundesrepublik sein. Die Waffen der Verleumdung und der Verkettzung des politischen Widerparts, so wirkungsvoll angewandt in den 50-er Jahren, können nicht mehr angewandt werden; wer es dennoch versuchen sollte, muß damit rechnen, daß sie sich gegen ihn richten. Sachliche Aussagen und Prognosen, wie es weitergehen soll auf dem Wege zur Modernisierung, Demokratisierung und Anpassung unserer Gesellschaft an sich schnell verändernde Prozesse, werden den Ausschlag für die Urteilsfindung der Wähler geben. Diese Entwicklung ist zu begrüßen; sie wird auch den jüngeren Wählergruppen, die zum erstemal von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können, das Verständnis für den demokratischen Staat näherbringen, als das Zurschaustellen von mehr oder weniger attraktiven Bildern, oder die Plekattierung von großartigen Verheißungen.

+ + +

Schwer verständlich

Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes
für das Gesundheitswesen umstritten?

Von Dr. Rolf Meinecke, MdB

Die Regierungskoalition der CDU/CSU und SPD hat im Bundestag mit den Vorlagen zur Finanzreform eine Erweiterung der Kompetenz des Bundes für das Gesundheitswesen beantragt. Auf Wunsch der CDU/CSU wurde diese Grundgesetzänderung zurückgestellt und erneut in den Gesundheitsausschuß verwiesen. Der Ausschuß aber hatte bereits acht Tage zuvor auf Wunsch des Rechtsausschusses die Stellungnahme erarbeitet, dieser Änderung zuzustimmen. Die FDP war nicht anwesend. Die CDU hatte ihrerseits versucht, die Entscheidung herauszuzögern - oder sogar zu verhindern? Das Motiv bleibt allerdings unklar, insbesondere, da der Hauptakteur der CDU, der Abgeordnete und Arzt Dr. Jungmann, bereits im März 1967 im Bonner Informationsdienst zu diesen Fragen Stellung bezogen hatte - doch sicher aus eigenem Antrieb und eigenen Gedankengängen folgend?

Er schrieb damals:

"Allein mit Maßnahmen gegen gemeingefährliche und übertragbare Infektionskrankheiten kann das Gesundheitsministerium heute nicht mehr auskommen. Es braucht eine Kompetenz zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten schlechthin, von angeborenen Schäden bis zu Herz- und Kreislaufkrankheiten und zum Krebs. - Was den Bundesgesundheitsministerum allerdings fehlt, sind einige wesentliche Kompetenzen, die es nur mit Hilfe einer Grundgesetzänderung bekommen kann. - Wie notwendig eine Neuformulierung der Gesundheitskompetenz des Bundes ist, beweisen Beispiele..."

Somit ist also die erste Feststellung zu treffen, daß es zur Zeit auf dem Sektor der Gesundheitspolitik keine "große Koalition" gibt, denn die CDU/CSU-Fraktion war - obwohl sie theoretisch übereinstimmte - anscheinend praktisch nicht bereit, der Regierungsvorlage zu folgen.

Die FDP beantragte in der entscheidenden Plenarsitzung ihrerseits: "den Schutz und die Förderung der Gesundheit des Menschen" mit in die konkurrierende Gesetzgebung einzubringen. Damit ist die zweite Feststellung zu treffen, daß grundsätzlich alle drei Parteien - allerdings mit Ausnahme der CSU - eine Neuformulierung der gesundheitspolitischen Kompetenzen für sinnvoll halten. Wir halten den Antrag der FDP für verschwommen - jedoch über Zweckmäßigkeit und Klarheit der Formulierung kann man diskutieren.

Gegen diese Grundgesetzänderung sind die Länder und die ärztlichen Landesorganisationen, insbesondere die Bundesärztekammer und der Bundesärztesynode, und zur Zeit offenbar der CDU-Abgeordnete Dr. Jungmann. Die politische Stellungnahme der Länder ist schwer verständlich: Wieso hat eigentlich z.B. die in der konkurrierenden Gesetzgebung verankerte Zuständigkeit des Bundes für die "Förderung der wissenschaftlichen Forschung" bisher die Länder daran gehindert, auf diesem Gebiet zwar sehr aktiv wenn auch insgesamt unzulänglich tätig zu werden? - Was würde es den Ländern nützen, wenn entsprechend den Vorschlägen der Bundesärztekammer die Gesamtlösung der Vorsorge und der Verhütung von Krankheiten in das Gebiet der Sozialversicherung verlagert werden würde? Dann hätten

nach dem derzeitigen Stand der Gesetzgebung die Länder überhaupt keine wesentlichen Mitgestaltungsbefugnisse mehr. Wer behauptet denn ernsthaft, daß eine Ausfüllung einer Gesetzgebungskompetenz im Rahmen des Artikels 74 des Grundgesetzes ohne und gegen Mitwirkung der Länder zustande käme.

Die Haltung einiger ärztlicher Standesorganisationen ist ebenfalls undurchsichtig, da diese doch im Ernst nicht behaupten wollen, daß das Problem der Vorsorge und der Verhütung von Krankheiten ausschließlich eine Aufgabe der Sozialleistungsträger sei - und zudem gesetzgeberisch auch für Nicht-Pflichtversicherte gelöst werden muß. Die Grundsätze zur Gesundheitsvorsorge, die von den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherung erarbeitet wurden, sollten hierbei berücksichtigt werden. Völlig unverständlich bleibt weiterhin, wieso Leistungen und Modelluntersuchungen des Staates als "dirigistische Staatsmedizin" diskriminiert werden, wenn der Bund aktiv wird und Leistungen der Landesregierungen nicht die Gefahr der Staatsmedizin beinhalten? Unklar bleibt weiterhin, weshalb plötzlich der Föderalismus uns auf dem Gebiet des Gesundheitswesens überall hervorragende Fortschritte gebracht hat, während doch vor nicht allzu langer Zeit erhebliche Rückstände in einigen Ländern gesellschaftspolitisch beklagt wurden?

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Formulierung, die Kompetenz zu erweitern um "die Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten bei Menschen" ist allerdings mißverständlich, da nur weit verbreitete Zivilisationsschäden und große Bevölkerungskreise betreffende ernsthafte Erkrankungen sowie bösartige Leiden gemeint sein können. Um diese Maßnahmen gemeinsam zwischen Bund und Ländern abzustimmen, um sinnvolle Vorsorge- und Verhütungsmaßnahmen jeweils als Modell zu erarbeiten und dann zu verwirklichen, ist gerade die konkurrierende Gesetzgebung geeignet.

Es bleibt zum Schluß nur noch die Frage, ob die Änderung der Einstellung einiger CDU-Abgeordneter gegen die Verwirklichung gesetzgeberischer Initiativen nur deshalb erfolgte, weil das Gesundheitsministerium sozialdemokratisch geleitet wird. Oder sollte die Umprogrammierung des Abgeordneten Dr. Jungmann dadurch bedingt sein, daß er zur Zeit der erste Vorsitzende einer großen ärztlichen Standesorganisation ist, deren Stellungnahmen es selbstverständlich zu respektieren hat. Die deutschen Ärzte sollten sich jedoch überlegen, ob nicht die geplante Grundgesetzänderung sowohl für die Gesundheit unserer Bevölkerung wie für ein modernes Gesundheitswesen, wie für ihre eigenen Arbeitsmöglichkeiten die bessere Lösung ist.

Noten aus dem Kalt-Krieg-Repertoire

Tiefstand der anglo-russischen Beziehungen

Von Hans Joachim Werbke, London

Die Sowjets warfen in einer Note den Briten vor, sie seien auf eine Beendigung der früher so guten Beziehungen aus, hätten die Ereignisse in der Tschechoslowakei zum Vorwand einer Änderung der Politik genommen und sich als einer der Staaten zu erkennen gegeben, die es auf eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern anlegten. Nicht genug der Tatsachenverdrehungen und der groben Sprache, in der das Dokument abgefaßt wurde, - es wurde auch sogleich in die Öffentlichkeit hinausposaunt und wurde damit anstatt zum diplomatischen Vorgang ein eindeutiger Akt der Propaganda.

Britanniens diplomatische Beobachter fühlten sich denn auch sofort in die Zeit des Kalten Krieges zurückversetzt. Genau diesen Zustand aber will die britische Außenpolitik umgehen, wenn sie auch nach dem tschechischen Sommer den Kopf nicht zu verlieren gedenkt und der sowjetischen Herausforderung mit Festigkeit, aber nicht in plumpem Antikommunismus entgegentritt. Es ist ein Kurs, den nicht nur Labour-England, sondern alle die innerhalb der NATO Verbündeten eingeschlagen haben.

Die Sowjets haben zwar als Adressanten ihrer Note London gewählt, aber bis zu einem gewissen Grade damit die ganze NATO gemeint, weil ihr die frische Wachsamkeit des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses unbehaglich ist. Der Krenl kann nun nicht mehr in dem Bereich, den er als das "sozialistische Commonwealth" ausgibt, willkürlich herumfuhrwerken. Der Westen sieht immer zu.

Die Briten haben sich von den Sowjets nicht ins Bockshorn jagen lassen. In einer sehr ruhigen sachlichen Note wiesen sie die sowjetischen Vorwürfe zurück. Die Antwort hätte im Ton vielleicht grober ausfallen können nach dem Motto: Wie Du mir, so ich Dir. Aber das schien der Labourregierung sowohl innenpolitisch, als auch handelspolitisch inopportun. Die vorhandene Energie wurde jedoch sogleich in Aktion umgesetzt. Einer Anzahl von Sowjet-"Diplomaten", die an die mit 80 Mann ohnehin überbesetzte Londoner Botschaft wollten, wurde das Einreisevisum vorenthalten, bis die entsprechende Zahl aus dem vorhan-

denen Botschaftspersonal abgezogen wird. (In einem unlängst verhandel-
ten Spionagefall hatte der Angeklagte, ein britischer Luftwaffentechni-
ker, als seinen Kontaktmann für die Informationsweitergabe einen
Mann der Kulturabteilung der Botschaft angegeben, woraufhin der Kreml
um Einschränkung des diplomatischen Personals ersucht wurde.)

Welche anderen als Propaganda-Gründe die Sowjets mit ihrer Note
gehabt haben, ist der britischen Diplomatie noch nicht vollends klar.
Es kann sein, daß der Kreml ein Zusammenspiel zwischen Bonn und London
konstruieren will, mit dem er dann Paris ängstigen und sich geneigter
machen will. Ebenso gut mag es sein, daß Moskau sich London vom Leibe
wegboxen will, damit es, ohne Mißtrauen auf sich zu lenken, unauffälliger
seine Kontakte mit Washington fortsetzen kann. Vielleicht wollte der
Kreml auch nur die Briten in ihrer Eigenschaft als Mitvorsitzende der
Indochinakonferenz vorweg diskreditieren, falls die erweiterte Vietnam-
runde in Paris den Interessentenkreis der Verhandlungspartner ausdehnen
möchte.

Am wahrscheinlichst ist es, daß der Kreml Whitehalls Bemühungen um
die Einigung - oder wenigstens den Zusammenhalt - Westeuropas durch-
kreuzen möchte. Denn ein sich auf sich selbst besinnendes Westeuropa wird
einmal seine Anziehungskraft auf die osteuropäischen Länder nicht ver-
bergen lassen und überdies einen politisch, militärisch (in der Verbin-
dung mit den Vereinigten Staaten) und wirtschaftlich entscheidenden Fak-
tor in der Weltpolitik abgeben. Wenn die Sowjetnote darauf hinausarbei-
tet, London als Störenfried zu isolieren, so war dies wiederum eine rus-
sische Fehikalkulation. Die Briten selbst können sich ihren Verbündeten
garnicht besser empfehlen, als wenn sie zur Zielscheibe sowjetischer
Anwürfe werden. Es zeigt, daß die Russen nicht mehr an einem gesonde-
ren Freundschafts- und Kooperationspakt interessiert sind, den Minister-
präsident Kossygin im Frühjahr 1967 während seines Londonbesuchs wie
ein Kaninchen aus dem Zylinderhut zauberte. Auf den pflichteifrig von
den Briten angefertigten Entwürfen ruht seit langem Staub. Die Invasion
der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion entzog den hehrsten Hoff-
nungen auf speziell anglo-russische Freundschaft die Basis. Seither war-
tet London auf Beweise der sowjetischen Führung, die Vertrauen wieder
rechtfertigen würden. Die Note war keiner. Sie war vielmehr ein Gegen-
Beweis.